

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 21 90 38/39  
Telefax: 886 848 ppbn d  
Telefax: 21 08 64



## Inhalt

Dr. Hermann Scheer  
MdB und Heidemarie  
Wieczorek-Zeul MdB  
zur Notwendigkeit, auf  
militärische Gewaltan-  
wendung zu verzich-  
ten: Den Golfkonflikt  
politisch überwinden.

Seite 1

Harald B. Schäfer MdB  
zur Töpfer-Idee einer  
emissionsbezogenen  
Kfz-Steuer: Noch ein  
Griff in die Steuertrick-  
Kiste.

Seite 2

Karl-Heinz Müller MdL  
zur Notwendigkeit er-  
weiterter Mitwirkungs-  
möglichkeiten der  
Krankenschwestern:  
Mehr Demokratie im  
Krankenhausbetrieb.

Seite 3

### Dokumentation

Der Psychoanalytiker  
Prof. Horst-Eberhard  
Richter, Vizepräsident  
der Internationalen  
Vereinigung zur Ver-  
hütung eines Atom-  
krieges (IPPNW), for-  
derte auf einer Frie-  
dendemonstration in  
Bonn eine politische  
Lösung der Golfkrise.

Wortlaut

Seite 4

Verlag, Redaktion und Druck:  
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH  
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217  
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.  
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50  
inkl. zuzügl. MwSt und Versand.

45. Jahrgang / 226

27. November 1990

### Den Golfkonflikt politisch überwinden

Zur Notwendigkeit, auf militärische Gewaltanwendung zu verzichten

Von Dr. Hermann Scheer MdB

Vorsitzender der Arbeitsgruppe Abrüstung und Rüstungskontrolle der SPD-Bundestagsfraktion und  
Heidemarie Wieczorek-Zeul MdB  
Mitglied des SPD-Präsidiums

Ein Krieg am Golf würde nicht nur durch brennende Ölfelder auf der gesamten arabischen Halbinsel ein bisher beispielloses Inferno mit katastrophalen ökologischen Konsequenzen herbeiführen. Eine abrupte Verknappung des Öls würde über einen längeren Zeitraum zu drastischen Preissteigerungen führen mit der unweigerlichen Folge einer Weltwirtschaftskrise. Es droht vor allem ein ökonomischer Totalkollaps der Dritten Welt, die kein Geld für die Ölrechnung mehr haben wird.

Angesichts dieser Konsequenzen ist es nicht zu verantworten, eine gewaltsame militärische Lösung des Golfkonflikts zu versuchen. Der einzige sinnvolle Ansatz, um politischen Druck auf den Irak auszuüben, ist und bleibt die Fortsetzung des Embargos. Dessen Erfolg ist nur eine Frage der Zeit. Ob es nach drei, sechs oder neun Monaten den irakischen Diktator zum Einlenken oder zum Sturz bringt, ist - gemessen an den katastrophalen Konsequenzen eines Golfkrieges - relativ gleichgültig.

Auf jeden Fall ist es unnötig, daß sich die Staatengemeinschaft von der amerikanischen Regierung ständig weiter unter Zeitdruck setzen läßt. Angesichts der Tatsache, daß der Irak nur die Hälfte der Wirtschaftskraft von Belgien hat, ist es geradezu grotesk und ein Zeichen politischer Schwäche, wenn jetzt nicht weiter auf die Wirkung des Embargos gesetzt und statt dessen ein Krieg vorbereitet wird.

\* Wir appellieren deshalb an die Bundesregierung und die anderen europäischen Regierungen, sich gegen die Verabschiedung einer UNO-Resolution zu stellen, die ein militärisches Eingreifen der USA am Golf legitimieren soll. Es darf keine Mehrheit für eine solche Resolution geben.



- \* **Notwendig wäre statt dessen eine UNO-Resolution, die - auf der Basis der bisherigen Resolutionen - den UNO-Generalsekretär mit einem Verhandlungsmandat ausstattet. Die internationalen Truppenkontingente, die das Embargo kontrollieren, sollten dem Kommando des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen unterstellt werden und damit eine "Peacekeeping-Force" bilden.**

Eine solche Entscheidung würde es auch der amerikanischen Regierung ermöglichen, einen Teil ihrer Truppen abzubauen und damit deeskalierende Maßnahmen einzuleiten. Wenn die amerikanische Regierung aber statt dessen immer mehr Truppen an den Golf schickt und damit die Dynamik zum Kriegsausbruch steigert, muß man sich - im Hinblick auf die offenkundigen Konsequenzen eines Krieges - nach den Gründen fragen: Offenbar haben die USA und auch Großbritannien niedrigere ökonomische Hemmschwellen gegenüber einem Krieg und der Gefahr einer Weltwirtschaftskrise. Beide könnten nämlich im Verhältnis zu den anderen westlichen Industrienationen die wirtschaftlichen Profiteure eines Golfkrieges sein. Weniger als zehn Prozent seines Ölbedarfs importieren die USA von der arabischen Halbinsel und Großbritannien kann sich mit dem Nordseeöl vollständig selbst versorgen.

Im Gegensatz dazu sind die übrigen europäischen Staaten zu über 50 Prozent vom Öl aus dem Nahen Osten abhängig. Die USA und auch Großbritannien könnten also durch eine plötzliche Ölverknappung sogar an den dramatischen Ölpreissteigerungen verdienen, während den anderen europäischen Industrieländern und großen Teilen der Dritten Welt eine Wirtschaftskrise unbeschreiblichen Ausmaßes droht.

(-/27.11.1990/rs/ks)

\*\*\*\*\*

### **Noch ein Griff in die Steuertrick-Kiste**

**Zur Töpler-Idee einer emissionsbezogenen Kfz-Steuer**

**Von Harald B. Schäfer MdB**

**Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion**

Im Juni 1990 legte die Arbeitsgruppe "Emissionsabhängige Kraftfahrzeugsteuer" ihren Abschlußbericht vor. In der Summe zeigt der Bericht, wie ungeeignet die emissionsbezogene Kfz-Besteuerung ist, Kraftstoffverbrauch und Umweltbelastung des Verkehrs zu vermindern.

1. **Kraftstoffverbrauch:** Nach den Vorstellungen der Arbeitsgruppe soll die Minderung des Normverbrauchs um jeweils 1 l mit jeweils 13 DM Steuerentlastung pro Jahr zu Buche schlagen. Unterstellt man, daß in Kürze sowieso jede Neuzulassung der US-Norm entsprechen wird, so reduziert sich die Kfz-Steuerdifferenzierung auf die Unterschiede beim Kraftstoffverbrauch. Der Vorteil des 7-l-Pkw gegenüber dem 10-l-Pkw beträgt dann 39 DM pro Jahr oder 390 DM während der gesamten Lebensdauer. Hiervon eine kaufentscheidende Lenkungsfunktion zu erwarten, scheint naiv.
2. **Minderung der Schadstoffbelastung:** Ziel der Kfz-Steuerumstellung soll es angeblich auch sein, den technischen Fortschritt bei der Abgasminderung voranzutreiben. Die Arbeitsgruppe schlägt deshalb vor, die Einhaltung der kalifornischen Werte beziehungsweise der

zukünftig in den USA geplanten Werte mit 26 DM beziehungsweise 52 DM jährlich zu honorieren. Bei Pkw-Anschaffungskosten von 25.000 DM bis zu 80.000 DM macht die vorgeschlagene Entlastung gerade eintausendstel aus. Dabei weiß auch der Bundesumweltminister: der Kat-Boom kam erst zustande, als die versprochene Entlastung für den Autokäufer bei 1.100 DM lag! Mit dieser "Steuerreform" und der pro-mille-Steuerentlastung wird sich der technische Fortschritt nicht bewegen lassen.

3. Die emissionsbezogene Kfz-Steuer trifft Viel-Fahrer und Wenig-Fahrer gleichermaßen. Wer 50.000 km im Jahr fährt, belastet die Umwelt zwar zehnmal soviel wie derjenige, der 5.000 km fährt. - das soll aber bei Töpfer's Pkw-Besteuerungsplänen keine Rolle spielen.

Nach Auffassung der SPD ist die emissionsbezogene Kfz-Besteuerung der falsche Weg. Hiermit verabreicht Töpfer der beunruhigten Öffentlichkeit ein weiteres Placebo, damit sie annehme, es werde etwas zur Minderung der Luftverschmutzung im Verkehrsbereich getan, während der Bundesverkehrsminister weiter dafür sorgt, daß die Verkehrslawine anwächst.

Die SPD will dagegen den Weg der ökologischen Steuerreform gehen. Ein Öko-Steuerzuschlag auf den Kraftstoffverbrauch soll dafür sorgen, daß derjenige, der die Umwelt schont, künftig weniger Steuern zahlt. Wer auf ein kleineres Auto umsteigt, weniger oder langsamer fährt, soll Steuern sparen. Wer aber Energie verschwendet, muß dafür künftig mehr bezahlen als heute.

Um den technischen Fortschritt bei der Schadstoffminderung voran zu treiben, müssen die neuen strengen US-Werte beziehungsweise der kalifornische Standard und niedrigere Lärmgrenzwerte verbindlich vorgeschrieben werden.

Die Kfz-Steuer muß nicht ein ökologisches Etikett umgehängt bekommen, sondern abgeschafft werden. Dies ist auch ein Teil der Steuerentlastungen, die die Bürger als Ausgleich für die Öko-Steuer erhalten werden.

(-/27.11.1990/rs/ks)

\*\*\*\*\*

### **Mehr Demokratie im Krankenhausbetrieb**

**Zur Notwendigkeit erweiterter Mitwirkungsmöglichkeiten der Krankenschwestern**

**Von Karl-Heinz Müller MdL**

**Vorsitzender des Sozialpolitischen Ausschusses im Bayerischen Landtag**

Bis zum Jahr 1995 fehlen an bayerischen Krankenhäusern 5.000 Krankenschwestern. Damit nicht noch mehr unzufriedene Pflegekräfte abwandern, muß dieser Beruf attraktiver gemacht werden. Bei der anstehenden Novellierung des Bayerischen Krankenhausgesetzes fordert die SPD unter anderem mehr Mitwirkungsmöglichkeiten für das Pflegepersonal, um die zu starke Hierarchisierung des Krankenhausbetriebs aufzubrechen.

In einem jetzt vorgelegt Parlamentsantrag verlangen wir von der Staatsregierung, die Gesetzesvorlage mit dem Ziel einzubringen, daß die Pflegedienstleitungen in den bayerischen Krankenhäusern gleichberechtigte Mitglieder der Krankenhausdirektionen - ebenso wie die ärztli

chen Direktoren und Verwaltungsdirektoren - werden. In einem zweiten Antrag fordert die SPD-Landtagsfraktion die bayerische Staatsregierung auf, wie in den CDU-geführten Bundesländern Baden-Württemberg, Hessen und Rheinland-Pfalz zu verfahren und dafür zu sorgen, daß auch in Bayern die Beteiligung der Pflegekräfte und der Ärzte an Therapie und Pflege von Privatpatientinnen und -patienten entsprechend Art und Umfang der erbrachten Leistungen honoriert werden.

Wir wollen damit die CSU zum Schwur bringen. Vor der Landtagswahl erklärte deren Fraktionschef Glück, daß die CSU alle Chefärzte an Uni-Kliniken verpflichten will, einen bestimmten Anteil ihrer Einnahmen aus Privatbehandlungen in einen Pool zu zahlen. Dieser solle dann an die beteiligten Ärzte und das Pflegepersonal ausgeschüttet werden. Es muß nun endlich Schluß sein mit dem sozialen Ärgernis, daß Chefärzte erklären, sie kennen keinen Pool, sondern nur ihren eigenen Swimmingpool.

Die bayerische SPD-Landtagsfraktion will weiter parlamentarisch überprüfen, ob es nicht doch nur Lippenbekenntnisse vor der Wahl waren, als Glück beispielsweise für mehr Mitbestimmung der Pflegedienstleitungen eintrat. Die CSU-Fraktion hat nun Gelegenheit dazu, das Mitspracherecht der Krankenschwestern und Pfleger - wie von der SPD-Landtagsfraktion gefordert - auszuweiten. An den Kliniken und Krankenhäusern müssen endlich demokratische Organisationsstrukturen eingeführt werden. Vertreter der Ärzte, der Pflege und der Verwaltung sollen über die Gestaltung des Krankenhausbetriebs gemeinsam entscheiden. Die Mitsprache der Pflegekräfte am Krankenbett muß durch eine vernünftige Pflegeorganisation gesichert werden.

(-/27.11.1990/rs/ks)

\*\*\*\*\*

## **DOKUMENTATION**

### **Horst-Eberhard Richter: Der Friedenspolitik zum Durchbruch verhelfen**

Der Psychoanalytiker Professor Horst-Eberhard Richter, Vizepräsident der Internationalen Vereinigung zur Verhütung eines Atomkrieges (IPPNW), forderte am 24. November auf einer Friedensdemonstration auf dem Bonner Marktplatz dazu auf, eine politische Lösung der Golfkrise durchzusetzen. Nach Hitler und Auschwitz könne und müsse das "neu vereinigte Gesamtdeutschland zu einer moralischen Kraft zur Überwindung der noch immer herrschenden militaristischen und ökologischen Unvernunft werden", erklärte Richter, dessen Ansprache wir nachstehend dokumentieren.

"Der Kalte Krieg, gegen den wir als Friedensbewegung hier in Bonn noch 1987 demonstriert haben, ist zu Ende. Wir Deutschen sind nicht länger ein zweigeteilter Frontstaat. Warum sind wir heute zu Mahnung und Protest hierhergekommen?"

Der Golf ist weit weg. Die deutschen Geiseln kommen frei oder sind schon frei. Warum dürfen und wollen wir dennoch nicht einfach nur zuschauen, wie sich dort die Kriegsgefahr von Woche zu Woche erhöht? Was geht uns das an?"

Erstens gehören wir Deutschen zu denen, die durch ihre Rüstungsexporte Saddam Hussein erst zu seinem gewalttätigen Machtmißbrauch befähigt haben. Deutsche Hilfe hat ihm das Kampfgas verschafft, mit dem er Abertausende von Iranern und Kurden getötet oder verstümmelt hat und mit dem er jetzt seine Gegner bedroht.

Zweitens bekommen wir das Schaudern, wenn wir daran denken, was der vorbereitete Krieg am Golf anrichten würde:

- \* Vorhersehbar ist der Einsatz von Chemie und Atomwaffen. 450 Atomsprengköpfe lagern auf amerikanischen Kriegsschiffen.
- \* Zu erwarten ist, daß 50.000 bis 100.000 Menschen, darunter in großer Zahl Frauen und Kinder, unmittelbar sterben würden.
- \* Hunderttausende bis Millionen in der Region würden teils schwere Verletzungen und Krankheiten erleiden, teils in Verelendung versinken.
- \* Unermeßliche ökologische Schäden drohen. Mit Öflächenbränden in einer Ausdehnung von über 500 Kilometern und der entsprechenden Vergiftung der Atmosphäre ist zu rechnen.
- \* Die Gefahr ist groß, daß dieser Krieg im Nahen und Mittleren Osten weit um sich greifen würde.

So stehen wir hier, weil wir nicht wollen, daß das eine Verbrechen, nämlich der Überfall auf Kuwait, mit einem zweiten Verbrechen von tausendfacher Größenordnung beantwortet wird.

Ich spreche hier als Vertreter und im Namen der Internationalen Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges, der weltweit 250.000 Ärzte angehören. In Übereinstimmung mit den hier veranstaltenden Friedensorganisationen protestieren wir auf das Schärfste gegen die Vorbereitung eines Krieges am Golf.

- \* Wir fordern den Rückzug des Irak aus Kuwait.
- \* Wir fordern die sofortige Freilassung aller Geiseln.
- \* Wir fordern den unbedingten Verzicht auf eine sogenannte militärische Angriffsoption gegen den Irak.
- \* Gemeinsam mit 20 Vereinigungen der amerikanischen Friedensbewegung fordern wir, die Wirkung des Wirtschaftsembargos beharrlich abzuwarten und alle diplomatischen Mittel auszuschöpfen.
- \* Der Vergleich mit München stimmt nicht, denn damals gab es keine solidarische Wirtschaftsblockade der Weltgemeinschaft, um Hitler in die Knie zu zwingen.

Meine Freundinnen und Freunde, machen wir uns nichts vor! Der Konflikt am Golf ist verfahren, aber er ist kein Westerdrama und erst recht kein Kreuzzugsthema. Hier erhebt sich nicht der Held eines Lichtreiches gegen den Teufel der Finsternis, wie es uns weisgemacht wird und wie es viele Einfältige glauben. Der große Sheriff redet zwar nur von Recht und Moral, aber verschweigt die Herrschaft über das Öl, die er erstrebt und festhalten will. Was Massen von Leichtgläubigen als edelsinnige Strafaktion vorschwebt, würde sich morgen als unverantwortliche Wahnsinnstat erweisen. Und die Gefahr wächst rapide. Allein in den nächsten Tagen sollen die amerikanischen Truppen in Saudi Arabien um 150.000, die irakischen in Kuwait um 200.000 verstärkt werden.

Was sagt unsere deutsche Regierung dazu?

Der Kanzler redet von der gewachsenen Verantwortung, die dem neuen Gesamtdeutschland zufalle. Er will die Verfassung ändern, damit der amerikanische Präsident in vergleichbaren Fällen nicht wieder auf die Hilfe deutscher Soldaten verzichten muß. Aber gerade das wollen wir nicht, daß erweiterte Verantwortung als Pflicht zu erweiterter militärischer Präsenz verstanden wird.

Liebe Freundinnen und Freunde, zweimal haben wir Deutschen in diesem Jahrhundert eine enorme Verantwortung übernommen, indem wir nämlich die Welt in zwei verheerende Kriege gestürzt haben. Nun endlich sollten wir an eine ganz andere Verantwortung denken, nämlich einer antimilitaristischen Friedenspolitik zum Durchbruch zu verhelfen.

Dafür bietet die uns militärisch einschränkende Verfassung eine einzigartige Chance. Nach Hitler und nach Auschwitz kann und muß dieses neu vereinigte Gesamtdeutschland zu einer moralischen Kraft zur Überwindung der noch immer herrschenden militaristischen und ökologischen Unvernunft werden. Gerade weil unsere Regierung keine Soldaten an den Golf schicken und dort nicht zur militärischen Eskalation beitragen kann, verlangen wir von ihr, daß sie mit einer entschlossenen Initiative zur politischen Bewältigung der Krise hervortritt.

Wir hoffen von ihr, daß sie sich offen und unmißverständlich allen Bestrebungen widersetzt, die sogenannte militärische Option von den Vereinten Nationen absegnen zu lassen.

Freilich wäre das ein großer Schritt für unseren Kanzler, der bei internationalen Fragen immer gern heute schon tut, was der Herr im Weißen Haus morgen von ihm erwartet. Und dieser Schritt müßte von einem beträchtlichen Teil unseres Volkes mitvollzogen werden, dem - seien wir ehrlich - diese Ergebenheit bisher ganz recht war.

Loyalität ist eine gute Sache. Aber welche Loyalität hat im Augenblick den Vorrang?

Diejenige gegenüber einem kriegsbereiten amerikanischen Präsidenten, der die Meinung einer großen Opposition im eigenen Lande gegen sich hat?

Oder diejenige gegenüber den Millionen potentieller Opfer einer militärischen Katastrophe un-absehbaren Ausmaßes?

Genau genommen wären wir alle Opfer. Zunichte gemacht würden die verheißungsvollen Ansätze zu einem neuen politischen Denken; zur Abkehr von den verrückten Rüstungs rivalitäten hin zu einem globalen Verantwortungsbewußtsein in der Nord-Süd-, Umwelt- und Sicherheitspolitik. Fragwürdige Gewinner wären allein die Kreise der militaristischen Stärkepolitiker und der Rüstungsindustrie, wo man sich zur eigenen Legitimierung schon jetzt klammheimlich darüber freut, daß der entschwundene Weltfeind Moskau in Saddam Hussein so rasch einen Nachfolger gefunden hat.

Wir müssen diesen Krieg verhindern, der in seinen weltweiten furchtbaren Folgen alle anderen der letzten Jahrzehnte übertreffen würde. Dazu müssen wir Deutschen eingedenk unserer Vergangenheit und unserer Verwicklung in die verhängnisvollen Rüstungsgeschäfte einen entschlossenen Beitrag leisten. Dazu rufen wir hier und jetzt auf!

(-/27.11.1990/rs/ks)

\*\*\*\*\*